

# Haushaltsrede 2017

## Ratssitzung 16.11.2017

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

<b>Gesamtbetrag der Erträge</b>	<b>36.692.620 €</b>
<b>Gesamtbetrag der Aufwendungen</b>	<b>37.045.120 €</b>
<b>Voraussichtliches Jahresdefizit</b>	<b>352.500 €</b>

der Haushaltsentwurf für 2018 ist eine notwendige Etappe zum geplanten Haushaltsausgleich bis 2020. Die bisherigen Fortschritte seit 2012 sind etlichen Sparbeschlüssen, aber noch mehr der guten Wirtschaft zu verdanken. Nach dem Haushaltsabschluss 2009 mit einem Defizit von mehr als 3 Mio. € haben wir große Anstrengungen unternommen, bis zum Jahr 2020 wieder den Haushaltsausgleich zu schaffen. Da sind wir bisher auf einem guten Weg. Aber die Abschaffung des Soli ist ein wesentlicher Bestandteil des Haushaltsausgleichs, denn der kostet uns rund 1 Mio. € jährlich.

Sparen heißt, auf nicht notwendigen Aufwand zu verzichten. Weiter gilt in der Haushaltssicherung die Auflage, dass höhere Einnahmen ausnahmslos in den Haushaltsausgleich fließen, also nicht ausgegeben werden dürfen.

Es war teilweise schwierig, den Bürgerinnen und Bürgern die Pflicht zum Sparen klarzumachen. Schließlich waren nicht die Steuerzahler für die finanzielle Schiefelage verantwortlich, sondern das waren politische Beschlüsse wie etwa dramatische Steigerungen bei der Kreisumlage.

Dabei ist zunächst lobenswert, dass der Kreis zumindest für 2018 die gleiche Gesamtumlage veranschlagt wie 2017. Wegen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in den Kommunen müssen wir dennoch im Jahr 2018 eine um rd. 350 T€ höhere Grundlast zahlen. Hinzu kommt eine höhere Jugendamtsumlage um rd. 2 Mio. €, das bedeutet eine weitere Erhöhung i.H.v. 395 T€ für Erwitte. Die unterschiedlichen Branchen in den Kommunen haben gute oder kritische Entwicklungen. Das kann der Kreis nicht steuern.

Steuern kann er aber den Verwaltungsaufwand bei freiwilligen und bei Pflichtaufgaben. Hier wird es kritisch: es fehlt der Beweis für sinnvolles Sparen:

- viele neue Gesetze, die mehr Personalaufwand erfordern, gibt es nicht und das Entfesselungsgesetz der neuen Landesregierung soll die Arbeit ebenfalls erleichtern,
- die Sachverhalte sind nicht so kompliziert geworden, dass sie mit dem vorhandenen Personal nicht bearbeitet werden könnten,
- die Bevölkerung im Kreis steigt nicht so, dass die Fallzahlen Neueinstellungen rechtfertigen würden, alles das ist nicht der Fall.

Die Stellenanhebung beim Kreis ist daher so nicht gerechtfertigt.

Wenn ich dagegen die Bemühungen der Kommunen sehe, wie Personalkostensteigerungen gebremst werden und insgesamt sparsam gehaushaltet wird, verlange ich die gleichen Bemühungen bei der Kreisspitze, bisher leider vergebens. Der Kreis verweist auf Ergebnisverbesserungen der Kommunen, das ist zwar richtig. Richtig ist aber auch, dass mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden kein Vermögen anhäufen, sondern ihre Defizite verringern!

Eine ehrliche Analyse des Haushalts erfasst ebenso die lokale Verantwortung. Zum Teil sind teure, aber nicht notwendige Ratsbeschlüsse für Defizite verantwortlich. Das darf sich nicht wiederholen, deshalb müssen wir die Konsolidierung fortsetzen. Dabei bin ich froh, dass wir es bisher geschafft haben, unsere gesteckten Ziele in den Zwischenetappen zu erreichen und wegen der guten wirtschaftlichen Entwicklung sogar teilweise zu übertreffen. Diese relativ entspannte Lage darf nicht dazu verführen, in den nächsten Jahren weniger konsequent und sparsam zu haushalten, denn wir haben das Ziel des dauerhaft gesicherten Ausgleichs noch nicht erreicht.

Dennoch hat der Rat in diesem Jahr weitreichende Beschlüsse gefasst, um in den Siedlungsschwerpunkten Bad Westernkotten bis 2018 den Kindergarten Abenteuerland und in Erwitte bis 2019 das Winkelgebäude auf dem Schlossgelände zu einem weiteren Kindergarten auszubauen. Der Bevölkerungszuwachs erfordert, dass die jungen Familien die notwendige öffentliche Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen, denn da gibt es Rechtsansprüche!

Weitere wesentliche Investitionen der kommenden Jahre in Infrastrukturmaßnahmen sind im Planentwurf noch gar nicht endgültig beziffert, wie z.B. die Renaturierung des Mühlenbachs oder neue Bau- und Gewerbegebiete.

Die beschlossenen Investitionen lösen höhere Betriebskosten und Abschreibungen, also einen höheren Aufwand aus, der die Jahresabschlüsse drücken wird. Das ist unvermeidbar, denn es ist unser Ziel, dass Erwitte eine attraktive Stadt bleibt. Trotzdem sollte der Aufwand für solche Pflichtaufgaben nicht neue Löcher reißen.

In Erwitte haben wir ein hohes Niveau an Quantität und Qualität der öffentlichen Einrichtungen und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit. Es gibt hier keine Mindeststandards, sondern insgesamt liegen die Leistungen teilweise weit über dem Angebot anderer Kommunen. Das ist in Ordnung, solange wir unsere Aufgaben voll umfänglich erfüllen können.

Diese Balance gelingt nur mit Haushaltsdisziplin; deshalb erfolgen beispielsweise im Personalbereich bei freiwerdenden Stellen eine genaue Aufgabenkritik und ein Vergleich unseres Personalaufwands mit Kommunen, die ähnlich strukturiert sind wie Erwitte. Können vergleichbare Kommunen mit weniger Aufwand die öffentlichen Leistungen erbringen, muss das auch in Erwitte möglich sein.

Andererseits soll die Arbeit für die Bediensteten der Stadt wettbewerbsfähig und attraktiv bleiben. Wir wollen qualifizierten und engagierten Kolleginnen und Kollegen den beruflichen Aufstieg ermöglichen. Wenn wir mit weniger Personal die öffentlichen Aufgaben erfüllen, gelingt das nur mit guten Leuten, und die sollen ordentlich bezahlt werden.

Zu den Personalkosten möchte ich etwas klarstellen: die vor einigen Jahren vom Rat beschlossene Obergrenze der Personalkosten von 5,8 Millionen € ist allein bei den Planstellen beim besten Willen nicht zu halten. In den letzten Jahren wurden zwar Stellen ganz oder teilweise abgebaut, aber tarifliche Erhöhungen - besonders hoch 2016 bei den Erzieherinnen - führen dennoch zu steigenden Personalkosten. Die Rechnung ist relativ einfach; wenn wir beispielsweise bei 5 Mio. € Personalkosten eine tarifliche Erhöhung von 2 % haben, bedeutet das eine Kostensteigerung von 100.000 €. Bei starren Personalkosten müssten für eine Tarifierhöhung von 2 % zwei Mitarbeiter gehen. Das geht nicht – denn das würde die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben massiv infrage stellen.

In den letzten Monaten wurde viel über interkommunale Zusammenarbeit beraten. Dabei beschäftigt man sich natürlich mit den Strukturen anderer Rathäuser. Wenn ich dabei unseren Verwal-

tungsaufbau mit Nachbarkommunen vergleiche, gibt es weitere Gestaltungspotenziale. Wir werden demnächst über eine weitgehende Umstrukturierung sprechen, die zu einfacheren und damit leichteren und schnelleren Entscheidungswegen führen soll. Es soll weitere Aufgaben- und Organisationsveränderungen geben mit dem Ziel, den Personalaufwand ohne Qualitätsverlust zu reduzieren. Dabei bleibt der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.

Die bisherigen Spardiskussionen waren anstrengender, als ich das gelegentlich erwartet hatte. Ein rechtskonformer Haushaltsausgleich löst nämlich im Tagesgeschäft häufig Fragen und Kritik bei Bürgerinnen und Bürgern aus. Das ist verständlich, denn wir müssen den Menschen klarmachen, dass Sparen auch Leistungen treffen kann.

Nach der Haushaltssicherung sollten wir stärker beachten, dass wir der nachfolgenden Generation einen ordentlichen Erhaltungszustand der öffentlichen Einrichtungen und eine solide Kassenführung mit Rücklagen übergeben müssen. Denn wenn wir eines Tages – jeder für sich früher oder später – die Arbeit im Rat abgeben, müssen wir Rechenschaft ablegen, ob wir unseren Nachfolgern die erforderlichen Mittel für unsere Stadt erhalten haben, ob wir also der nachfolgenden Generation wirklich die Grundlage für die Zukunft der Stadt gesichert haben. Es geht um eine gerechte Mittelverteilung gegen eine menschliche Neigung, die mit einem Bild beschrieben werden könnte: „Die Gegenwart schreit, die Zukunft flüstert.“

Solche Gedanken führen nicht bei jedem zu Beifallsstürmen, aber ich habe gelernt, dass sich ehrliche Gespräche mit der Bürgerschaft auszahlen. In jedem privaten Haushalt und in soliden Firmen wird nur das Geld ausgegeben, das zuvor verdient worden ist. Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben verstanden, dass auch ein öffentlicher Haushalt nur so funktioniert. Dabei bin ich dankbar, dass die meisten Ratskolleginnen und Kollegen Gespräche mit dem gleichen Ziel führen.

Der Haushaltsentwurf 2018 verzichtet auf eine Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer, der Grundsteuer A und der Grundsteuer B. Damit folgt die Verwaltung nicht etwa einem Wunsch der FDP. Diese Vorgabe stand am Anfang unserer Arbeit, weil wir auf weitere Abgabenerhöhungen verzichten können und sollten.

Ein vorsichtiger Kaufmann muss über das nächste Jahr hinaus blicken. Dazu verweise ich bei den Kommunalsteuern und bei der Einkommen- und Umsatzsteuer auf die historisch hohen Ansätze im Haushaltsentwurf. Diese Ansätze sind dennoch vertretbar, weil es keine Anzeichen für eine kurzfristige Abkühlung der Konjunktur gibt, deshalb erwarten wir für das Haushaltsjahr 2018 keine signifikanten Abweichungen. Mittel- und langfristig mahne ich allerdings an, dass auf historische Höhen die Normalisierung folgen wird, bei der unsere Einnahmen deutlich zurückgehen können. Solche Tendenzen müssen genau beobachtet werden, damit diese Risiken nicht schlagend werden.

Meine Damen und Herren, dieser Hinweis ist deshalb wichtig, weil wir - wie beispielsweise im Bereich der Kindergärten - auch dann den höheren Betriebsaufwand stemmen müssen, wenn die Steuereinnahmen geringer ausfallen. Seriöse Haushaltspolitik ist kein Wunschkonzert und hat mit „kreativer Buchführung“ sowieso nichts zu tun. Wir sollten auf die Verlockung verzichten, dass etwa Haushaltsmittel umgeschichtet werden zulasten von Pflichtaufgaben und zulasten der Substanzerhaltung unserer Straßen, Wege und Plätze, denn das rächt sich auf die Dauer! Die Mahnung eines Ratskollegen ist weiterhin gültig: „Wir haben kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabenproblem.“

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Sparen möglich ist – und dass dennoch in unseren Ortsteilen keine Strukturen zerschlagen wurden, wir können daher diesen Weg fortsetzen.

Vereinzelte wurde kritisiert, dass schon in der nächsten Ratssitzung am 14. Dezember der Rat über den Haushalt beschließen soll. Das ist anstrengend, aber der Rat hat in 2017 Beschlüsse gefasst, die keine freien Spitzen mehr lassen, denn uns stehen dringende und immense Investitionen mit entsprechenden Folgekosten bevor. Da der Haushalt genehmigt werden muss, wollen wir dies nicht unnötig verzögern, damit wir 2018 zügig die Beschlüsse umsetzen können. Daran sollten wir festhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufstellung eines Haushaltsplans ist eine besondere Herausforderung für die Verwaltung. Deshalb danke ich allen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus hoffentlich auch in Ihrem Namen für den engagierten Einsatz, ganz besonders aber meinem Kollegen Sven Hoppe und meiner Kollegin Judith Rasche. Sie haben wirklich Enormes geleistet!

Wir überreichen Ihnen den Entwurf mit der Bitte um Beratung und stehen für Ihre Beratungen gern zur Verfügung. Wenn noch Termine fehlen, vereinbaren Sie die Treffen bitte schnell.

Herzlichen Dank, das Wort hat der Kämmerer.